

Meinungen zum Thema Bürgerbeteiligung

Datenbasis:	1.003 Befragte
Erhebungszeitraum:	31. März bis 7. April 2015
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Wenn sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde Einfluss nehmen wollen oder mit irgendetwas vor Ort unzufrieden sind, würde etwa die Hälfte der Bundesbürger zu ihrer Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung gehen (52 %), an Bürgerversammlungen oder Anhörungen teilnehmen (48 %) oder sich an den zuständigen Gemeindevertreter wenden (48 %).

Etwa ein Viertel der Befragten (27 %) würde einen Leserbrief oder eine E-Mail an die lokale Zeitung schicken.

Vergleichsweise wenige Bürger würden sich in einem solchen Fall an eine Partei wenden (16 %), Proteste organisieren bzw. an Protesten teilnehmen (12 %) oder eine Bürgerinitiative gründen (6 %).

7 Prozent der Befragten geben an, dass sie nichts davon unternehmen würden.

Männer sagen häufiger als Frauen, dass sie an Bürgerversammlungen oder Anhörungen teilnehmen oder sich an den zuständigen Gemeindevertreter bzw. eine Partei wenden würden, wenn sie auf Entscheidungen Einfluss nehmen wollten oder mit etwas unzufrieden wären.

Jüngere Befragte unter 30 Jahren würden in einem solchen Fall häufiger als die älteren Altersgruppen Proteste organisieren oder an Protesten teilnehmen. Seltener würden sie sich hingegen an den zuständigen Gemeindevertreter wenden.

Dass sie sich an eine Partei wenden würden, geben jüngere Befragte unter 30 Jahren sowie ältere Befragte ab 60 Jahren etwas häufiger an als Befragte im Alter von 30 bis 59 Jahren.

▪ Mögliche Handlungsmaßnahmen zur Einflussnahme auf Entscheidungen I

Wenn Sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde Einfluss nehmen wollen oder mit etwas vor Ort unzufrieden sind, würden...	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
...zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung gehen	52	53	52	50	54	54	51
...an Bürgerversammlungen oder Anhörungen teilnehmen	48	52	44	46	50	50	48
...sich an den zuständigen Gemeindevertreter wenden	48	55	42	41	54	49	53
...einen Leserbrief oder eine E-Mail an die lokale Zeitung schicken	27	28	26	26	27	26	29
...sich an eine Partei wenden	16	20	12	19	11	12	19
...Proteste organisieren oder an Protesten teilnehmen	12	14	11	19	7	10	11
...eine Bürgerinitiative gründen	6	7	6	9	7	8	3
nichts davon	7	5	8	10	8	7	4

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Bürger mit formal höherer Bildung geben überdurchschnittlich häufig an, dass sie zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung gehen, sich an eine Partei wenden oder Proteste organisieren bzw. an solchen teilnehmen würden, wenn sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde Einfluss nehmen wollten oder mit etwas unzufrieden wären.

Befragte aus kleineren Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern (in denen auch generell das Vertrauen in die Gemeindeverwaltung höher ist) würden in diesem Fall häufiger als Befragte aus größeren Gemeinden oder Städten zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung gehen, an Bürgerversammlungen oder Anhörungen teilnehmen oder sich an den zuständigen Gemeindevertreter wenden. Seltener würden sie hingegen einen Leserbrief oder eine E-Mail an die lokale Zeitung schicken und Proteste organisieren oder an Protesten teilnehmen.

▪ **Mögliche Handlungsmaßnahmen zur Einflussnahme auf Entscheidungen II**

Wenn Sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde Einfluss nehmen wollen oder mit etwas vor Ort unzufrieden sind, würden...	Ortsgröße (Einwohner):						
	insgesamt	Hauptschule	mittlerer Abschluss	Abitur, Studium	unter 20.000	20.000 bis unter 100.000	100.000 und mehr
	%	%	%	%	%	%	%
...zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung gehen	52	50	50	60	61	55	39
...an Bürgerversammlungen oder Anhörungen teilnehmen	48	47	49	52	52	48	44
...sich an den zuständigen Gemeindevertreter wenden	48	49	45	51	59	46	36
...einen Leserbrief oder eine E-Mail an die lokale Zeitung schicken	27	25	26	30	21	31	32
...sich an eine Partei wenden	16	13	16	21	15	18	16
...Proteste organisieren oder an Protesten teilnehmen	12	10	12	16	8	17	14
...eine Bürgerinitiative gründen	6	6	7	6	6	6	7
nichts davon	7	7	6	4	4	7	9

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Anhänger der Grünen geben überdurchschnittlich häufig an, dass sie zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung gehen, an Bürgerversammlungen oder Anhörungen teilnehmen sowie Proteste organisieren oder an Protesten teilnehmen würden, wenn sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde Einfluss nehmen wollen würden oder mit etwas unzufrieden wären.

Anhänger der Linkspartei würden in diesem Fall überdurchschnittlich häufig einen Leserbrief oder eine E-Mail an die lokale Zeitung schicken oder Proteste organisieren bzw. an diesen teilnehmen. Auch die Anhänger der AfD geben häufiger als der Durchschnitt aller Befragten an, dass sie Proteste organisieren bzw. an diesen teilnehmen würden.

▪ **Mögliche Handlungsmaßnahmen zur Einflussnahme auf Entscheidungen III**

Wenn Sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde Einfluss nehmen wollen oder mit etwas vor Ort unzufrieden sind, würden...	ins- gesamt	*) Anhänger der:				
		CDU/ CSU	SPD	Linke	Grünen	AfD
	%	%	%	%	%	%
...zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung gehen	52	54	54	44	61	44
...an Bürgerversammlungen oder Anhörungen teilnehmen	48	49	54	50	60	42
...sich an den zuständigen Gemeindevertreter wenden	48	50	56	40	51	41
...einen Leserbrief oder eine E-Mail an die lokale Zeitung schicken	27	27	30	37	24	33
...sich an eine Partei wenden	16	17	18	16	21	21
...Proteste organisieren oder an Protesten teilnehmen	12	6	10	27	25	21
...eine Bürgerinitiative gründen	6	4	6	14	4	13
nichts davon	7	5	4	4	4	8

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Nur etwa ein Viertel (24 %) der Bundesbürger ist der Ansicht, heute selbst genügend Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Gemeinde zu haben. Über die Hälfte (58 %) hätte hingegen gerne mehr Einfluss.

Bürger mit formal höherer Bildung, Bewohner kleinerer Gemeinden sowie die Anhänger der CDU und der SPD sagen überdurchschnittlich häufig, dass sie genügend Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Gemeinde haben.

Dass sie sich mehr Einfluss wünschen, geben überdurchschnittlich häufig Bewohner in Großstädten sowie die Anhänger der Linkspartei und der AfD an.

▪ Meinungen zu persönlichen Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen

	Es haben selbst heute genügend Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Gemeinde	
	ja %	nein, würde gerne mehr Einfluss haben % ^{*)}
insgesamt	24	58
Ost	24	57
West	24	58
Männer	27	61
Frauen	22	55
18- bis 29-Jährige	25	55
30- bis 44-Jährige	24	54
45- bis 59-Jährige	22	61
60 Jahre und älter	27	58
Hauptschule	24	56
mittlerer Abschluss	21	60
Abitur, Studium	30	59
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 20.000	30	50
- 20.000 bis unter 100.000	21	61
- 100.000 und mehr	19	66
Anhänger der:		
CDU/CSU	34	51
SPD	32	57
Linke	17	73
Grünen	25	61
AfD	13	73

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Befragten, die sich mehr Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde wünschen, wurden gefragt, in welchen Bereichen sie gern mehr Einfluss hätten.

An erster Stelle werden auf diese Frage die Bereiche Verkehrsplanung (71 %) und Bauprojekte (65 %) genannt.

Seltener wird mehr Einfluss auf Entscheidungen bezüglich des Umweltschutzes (44 %), des Finanzhaushaltes (43 %) sowie der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen (40 %) gewünscht.

Männer, Befragte mit Hochschulabschluss, Erwerbstätige sowie die Anhänger der Grünen geben noch häufiger als der Durchschnitt aller Befragten an, dass sie gern mehr Einflussmöglichkeiten auf die Verkehrsplanung in ihrer Stadt bzw. Gemeinde hätten.

Mehr Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungen von Bauprojekten wünschen sich überdurchschnittlich häufig jüngere Befragte unter 30 Jahren, Männer, Befragte mit einem formal mittleren oder höheren Bildungsabschluss und Bewohner von Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Dass sie sich mehr Einfluss auf Entscheidungen zum Thema Umweltschutz wünschen, geben Befragte mit formal höherer Bildung sowie insbesondere die Anhänger der Grünen häufiger als der Durchschnitt aller Befragten an.

Mehr Einfluss auf Entscheidungen bezüglich der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen wünschen sich deutlich häufiger als die Bürger insgesamt die Anhänger der AfD.

▪ Wo wird mehr Einfluss gewünscht? *)

Es wünschen sich mehr Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde im Bereich

	Verkehrs- planung	Bau- projekte	Umwelt- schutz	Finanz- haushalt	Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen	**) %
	%	%	%	%	%	
insgesamt	71	65	44	43	40	
Ost	55	66	34	45	42	
West	74	64	46	43	40	
Männer	76	70	41	45	40	
Frauen	65	58	47	41	37	
18- bis 29-Jährige	63	73	40	49	48	
30- bis 44-Jährige	72	67	44	47	39	
45- bis 59-Jährige	73	63	45	43	41	
60 Jahre und älter	71	60	44	39	34	
Hauptschule	69	53	39	42	40	
mittlerer Abschluss	66	72	43	42	46	
Abitur, Studium	79	72	51	43	36	
Erwerbstätigkeit:						
- ja	78	68	44	47	42	
- nein	62	60	43	37	38	
Ortsgröße (Einwohner):						
- unter 20.000	64	61	40	43	36	
- 20.000 bis unter 100.000	77	62	48	41	34	
- 100.000 und mehr	74	70	45	44	49	
Anhänger der:						
CDU/CSU	71	65	34	32	34	
SPD	75	61	42	41	33	
Linke	67	65	56	50	37	
Grünen	85	64	71	35	28	
AfD	55	60	29	49	73	

*) Basis: Befragte, die gern mehr Einfluss auf Entscheidungen in ihrer Stadt/Gemeinde hätten

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

42 Prozent der Bundesbürger geben an, dass sie sich schon einmal an einer Entscheidung oder an einem Vorhaben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde beteiligt haben.

40 Prozent haben dies bisher noch nicht getan. Weitere 14 Prozent geben an, dass ihre Stadt bzw. Gemeinde keine Möglichkeit der Beteiligung bietet.

Ältere Bürger ab 60 Jahren, Befragte mit formal höherer Bildung sowie die Anhänger der SPD und der Grünen geben häufiger als die anderen Befragtengruppen an, dass sie sich schon einmal an einer Entscheidung oder einem Vorhaben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde beteiligt haben.

Dass ihre Stadt oder Gemeinde keine Möglichkeiten der Beteiligung bietet, meinen häufiger als die anderen Befragtengruppen Personen im Alter von 45 bis 59 Jahren sowie insbesondere die Anhänger der AfD.

▪ **Bisherige Beteiligung an Entscheidungen und Vorhaben**

	Es haben sich schon einmal an einer Entscheidung oder einem Vorhaben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde beteiligt		
	ja %	nein, bisher noch nicht %	Stadt bzw. Gemeinde bietet keine Möglichkeit der Beteiligung % *)
insgesamt	42	40	14
Ost	40	41	15
West	43	39	14
Männer	42	41	15
Frauen	43	39	14
18- bis 29-Jährige	39	42	14
30- bis 44-Jährige	39	43	13
45- bis 59-Jährige	42	37	18
60 Jahre und älter	46	40	10
Hauptschule	38	44	14
mittlerer Abschluss	40	41	16
Abitur, Studium	53	33	11
Ortsgröße (Einwohner):			
- unter 20.000	40	41	16
- 20.000 bis unter 100.000	44	37	14
- 100.000 und mehr	43	40	13

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

55 Prozent derjenigen Befragten, die sich bisher noch nicht an einer Entscheidung oder an einem Vorhaben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde beteiligt haben, begründen dies damit, dass es noch keinen Anlass dazu gab.

29 Prozent haben sich noch nicht beteiligt, weil sie ihrer Meinung nach keinen Einfluss ausüben können. 18 Prozent haben dazu keine Zeit.

Nur wenige Bürger geben an, dass sie kein Interesse an einer Beteiligung haben (10 %) oder dass sie die Verantwortung nicht übernehmen möchten (3 %).

Ostdeutsche haben sich häufiger als Westdeutsche noch nicht an Entscheidungen bzw. Vorhaben in ihrer Stadt oder Gemeinde beteiligt, weil es noch keinen Anlass dazu gab und weil sie keinen Einfluss ausüben können. Westdeutsche geben häufiger als Ostdeutsche an, dazu keine Zeit zu haben.

Jüngere Befragte unter 30 Jahren sagen häufiger als der Durchschnitt aller Personen, die sich bisher noch nicht an Entscheidungen beteiligt haben, dass es noch keinen Anlass dazu gab und dass sie kein Interesse an einer Beteiligung haben.

Ältere Bürger ab 60 Jahren meinen überdurchschnittlich häufig, dass sie keinen Einfluss ausüben können. Dass sie keine Zeit dazu haben, sich an einer Entscheidung oder einem Vorhaben zu beteiligen, geben sie hingegen seltener als der Durchschnitt an.

▪ Gründe für die Nichtbeteiligung an Entscheidungen I *)

Bisher haben sich noch nicht an einer Entscheidung oder einem Vorhaben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde beteiligt, weil...	ins- gesamt	**) Ost	West	18- bis 29- Jährige	30- bis 44- Jährige	45- bis 59- Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
...es noch keinen Anlass dazu gab	55	64	54	66	56	55	50
...sie keinen Einfluss ausüben können	29	36	27	24	26	26	35
...sie keine Zeit dazu haben	18	8	20	19	23	24	11
...sie kein Interesse daran haben	10	9	10	15	9	6	8
...sie die Verantwortung nicht übernehmen wollen	3	4	3	2	2	5	2

*) Basis: Befragte, die sich noch nicht an einer Entscheidung oder einem Vorhaben beteiligt haben

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Befragte mit Hauptschulabschluss geben häufiger als Befragte mit formal mittlerer oder höherer Bildung an, dass sie sich bisher noch nicht an Entscheidungen bzw. Vorhaben in ihrer Stadt oder Gemeinde beteiligt haben, weil sie keinen Einfluss ausüben können. Dass es noch keinen Anlass zu einer Beteiligung gab, sagen sie hingegen seltener.

Bewohner kleinerer Gemeinden sagen häufiger als die Bewohner größerer Städte, dass es noch keinen Anlass dazu gab, sich an einer Entscheidung oder einem Vorhaben zu beteiligen. Dass sie keinen Einfluss ausüben können, meinen sie hingegen seltener.

Großstädter geben etwas häufiger als Personen, die in Städten mit weniger als 100.000 Einwohnern leben, an, dass sie kein Interesse daran haben, sich zu beteiligen.

▪ Gründe für die Nichtbeteiligung an Entscheidungen II *)

Bisher haben sich noch nicht an einer Entscheidung oder einem Vorhaben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde beteiligt, weil...	ins- **)		Haupt- mittlere	Abitur, mittlerer	Abitur, mittlerer	Ortsgröße (Einwohner):		
	gesamt	schule				Abschluss	Studium	unter 20.000
	%	%	%	%	%	%	%	
...es noch keinen Anlass dazu gab	55	47	66	60	60	54	49	
...sie keinen Einfluss ausüben können	29	33	21	27	22	32	34	
...sie keine Zeit dazu haben	18	17	19	22	16	24	17	
...sie kein Interesse daran haben	10	10	10	10	7	8	14	
...sie die Verantwortung nicht übernehmen wollen	3	3	2	4	4	5	1	

*) Basis: Befragte, die sich noch nicht an einer Entscheidung oder einem Vorhaben beteiligt haben

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

41 Prozent der Bundesbürger meinen, dass sich die Wissenschaft bevorzugt um den Ausgleich des zunehmenden Wegfalls der klassischen Familie durch eine stärkere Nachbarschaftshilfe kümmern sollte. Ebenfalls 41 Prozent sagen, die Wissenschaft solle sich bevorzugt mit der Reduzierung der Energieverluste im Haushalt und der Produktion von Energie im eigenen Haus durch den Umbau von Wohngebäuden beschäftigen.

Dass sich die Wissenschaft bevorzugt um die Reduzierung des Autoverkehrs durch den Ausbau des ÖPNV kümmern sollte, meinen 39 Prozent der Befragten. 36 Prozent halten die Verbesserung des Miteinanders der Kulturen bzw. der Integration durch eine stärkere kulturelle Durchmischung der Stadtviertel für ein besonders wichtiges Thema.

Nur 16 Prozent meinen, dass sich die Wissenschaft bevorzugt um eine stärkere Selbstversorgung der Städte durch urbane Gemeinschaftsgärten in Parkanlagen kümmern sollte.

Westdeutsche meinen häufiger als Ostdeutsche, dass sich die Wissenschaft bevorzugt um Nachbarschaftshilfe, Energiethemen und kulturelle Integration kümmern sollte. Ostdeutsche halten häufiger als Westdeutsche die Selbstversorgung der Städte für ein wichtiges Thema.

Befragte ab 45 Jahren meinen häufiger als Befragte unter 45 Jahren, dass die Wissenschaft sich bevorzugt um eine stärkere Nachbarschaftshilfe kümmern sollte.

Jüngere Befragte unter 30 und ältere Befragte ab 60 Jahren halten häufiger als Befragte mittleren Alters den Ausbau des ÖPNV sowie die Verbesserung der Integration für Themen, mit denen sich die Wissenschaft beschäftigen sollte. Jüngere Befragte unter 30 Jahren meinen außerdem häufiger als die älteren Befragtengruppen, dass sich die Wissenschaft um die Reduzierung des Energieverlustes sowie die Produktion von Energie im eigenen Haus kümmern sollte.

▪ Meinungen zur Priorität von Themen für die Wissenschaft I

Die Wissenschaft sollte sich bevorzugt um folgende Themen kümmern:	ins- gesamt %)	*) Ost %)	West %)	18- bis 29- Jährige %)	30- bis 44- Jährige %)	45- bis 59- Jährige %)	60 Jahre und älter %)
- Ausgleich des zunehmenden Wegfalls der klassischen Familie durch eine stärkere Nachbarschaftshilfe zwischen Jung und Alt	41	37	42	37	38	42	43
- Reduzierung der Energieverluste im Haushalt und Produktion von Energie im eigenen Haus durch den Umbau von Wohngebäuden	41	33	42	45	40	39	38
- Reduzierung des Autoverkehrs durch den Ausbau des ÖPNV	39	40	38	41	34	33	43
- Verbesserung des Miteinanders der Kulturen bzw. der Integration durch eine stärkere kulturelle Durchmischung der Stadtviertel	36	22	38	38	28	31	40
- stärkere Selbstversorgung der Städte durch urbane Gemeinschaftsgärten in Parkanlagen	16	26	14	21	17	16	12
nichts davon	6	7	6	4	6	6	8

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Bürger mit formal höherer Bildung geben häufiger als Bürger mit formal niedriger oder mittlerer Bildung an, dass sich die Wissenschaft bevorzugt um Energiethemen, den Ausbau des ÖPNV sowie eine verbesserte kulturelle Integration kümmern sollte.

Großstädter meinen häufiger als Bewohner von Städten mit weniger als 100.000 Einwohnern, dass sich die Wissenschaft bevorzugt um den Ausgleich des zunehmenden Wegfalls der klassischen Familie durch eine stärkere Nachbarschaftshilfe kümmern sollte.

Personen, die in Orten mit mindestens 20.000 Einwohnern leben, meinen häufiger als Bewohner kleinerer Orte mit weniger als 20.000 Einwohnern, dass sich die Wissenschaft bevorzugt um die Reduzierung des Autoverkehrs durch den Ausbau des ÖPNV sowie um die Verbesserung des Miteinanders der Kulturen bzw. der Integration durch eine stärkere kulturelle Durchmischung der Stadtviertel kümmern sollte.

▪ Meinungen zur Priorität von Themen für die Wissenschaft II

Die Wissenschaft sollte sich bevorzugt um folgende Themen kümmern:	ins- *) Haupt- mittlerer Abitur, Ortsgröße (Einwohner): gesamt schule Abschluss Studium unter 20.000 100.000 20.000 bis unter und mehr 100.000						
	%	%	%	%	%	%	%
- Ausgleich des zunehmenden Wegfalls der klassischen Familie durch eine stärkere Nachbarschaftshilfe zwischen Jung und Alt	41	39	39	43	39	39	45
- Reduzierung der Energieverluste im Haushalt und Produktion von Energie im eigenen Haus durch den Umbau von Wohngebäuden	41	40	38	45	40	41	41
- Reduzierung des Autoverkehrs durch den Ausbau des ÖPNV	39	33	34	51	34	41	42
- Verbesserung des Miteinanders der Kulturen bzw. der Integration durch eine stärkere kulturelle Durchmischung der Stadtviertel	36	34	28	45	32	38	39
- stärkere Selbstversorgung der Städte durch urbane Gemeinschaftsgärten in Parkanlagen	16	13	21	17	14	17	20
nichts davon	6	8	5	5	7	7	5

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die überwiegende Mehrheit (71 %) der Bundesbürger ist der Meinung, dass sich die Politik vor Ort stärker als bisher von Experten aus Wissenschaft und Forschung beraten lassen sollte, wenn in ihrer Stadt oder Gemeinde Entscheidungen über die zukünftige Stadtentwicklung getroffen werden sollen.

Nur wenige Befragte (19 %) halten dies für nicht erforderlich.

Ein erhöhter Beratungsbedarf der Kommunalpolitik durch die Wissenschaft wird von einer großen Mehrheit in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen gesehen.

▪ Meinungen zur Beratung der Politik durch Wissenschaft und Forschung

Wenn in ihrer Stadt oder Gemeinde Entscheidungen über die zukünftige Stadtentwicklung getroffen werden sollen, sollte sich die Politik vor Ort stärker als bisher von Experten aus Wissenschaft und Forschung beraten lassen

	ja %	nein, nicht erforderlich *) %
insgesamt	71	19
Ost	65	28
West	72	18
18- bis 29-Jährige	72	17
30- bis 44-Jährige	69	19
45- bis 59-Jährige	71	17
60 Jahre und älter	70	24
Hauptschule	67	21
mittlerer Abschluss	68	24
Abitur, Studium	79	14
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 20.000	67	23
- 20.000 bis unter 100.000	70	22
- 100.000 und mehr	76	12
Anhänger der:		
CDU/CSU	72	22
SPD	79	16
Linke	73	21
Grünen	76	17
AfD	63	29

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Zusammenfassung

Die Untersuchung zeigt, dass eine Mehrheit der Bundesbürger grundsätzlich gerne mehr Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Gemeinde nehmen würde. Deutliche Unterschiede ergeben sich allerdings beim Wunsch nach mehr Beteiligung im Hinblick auf die Gemeindegröße: Während in kleineren Gemeinden immerhin 30 Prozent der Meinung sind, dass sie bereits heute genügend Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Gemeinde haben, sind dies in den Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern nur 19 Prozent.

Mehr Einfluss gewünscht wird vor allem und von einer großen Mehrheit bei der Verkehrsplanung und bei Bauprojekten, während andere Bereiche wie Umweltschutz, Finanzhaushalt oder die Unterbringung von Flüchtlingen von weniger als der Hälfte genannt werden.

Wenn sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt oder Gemeinde Einfluss nehmen wollten oder mit etwas unzufrieden sind, würden die Befragten sich vor allem direkt an ihre Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung bzw. den zuständigen Gemeindevertreter wenden oder an Bürgerversammlungen bzw. Anhörungen teilnehmen. Auch hier fällt auf, dass insbesondere die Bewohner in kleineren Gemeinden diese Mittel der Einflussnahme nutzen würden, während unter den Bewohnern in Großstädten weniger als die Hälfte diese Formen der Einflussnahme wählen würde. Dies steht im Einklang mit den Befunden anderer Untersuchungen, die gezeigt haben, dass das Vertrauen in die eigene Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung und die gewählten Vertreter gerade in kleineren Gemeinden noch deutlich stärker ausgeprägt ist als in größeren Städten und Gemeinden (die mitunter erst durch Gebietsreformen entstanden sind).

Auch wenn die Mehrheit der Bundesbürger grundsätzlich eine stärkere Einflussnahme wünscht, hat sich bisher nur eine Minderheit schon einmal an einer Entscheidung oder einem Vorhaben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde beteiligt. Als mit Abstand häufigster Grund, sich nicht direkt zu beteiligen, wird von den Befragten der fehlende Anlass genannt – auch hier vor allem von Bewohnern in kleineren Gemeinden. An zweiter Stelle steht der Eindruck, keinen Einfluss ausüben zu können – was wiederum vor allem von Bewohnern in Großstädten, deutlich weniger hingegen von den Bewohnern kleinerer Gemeinden angeführt wird.

Wie bei früheren Untersuchungen zu dieser Thematik zeigt sich zudem, dass bürgerschaftliche Beteiligung in starkem Maße auch vom formalen Bildungsgrad abhängt (von den Befragten mit höherem formalen Bildungsgrad haben sich 53 Prozent schon einmal an einer Entscheidung oder einem Vorhaben in ihrer Gemeinde beteiligt, von den Befragten mit Hauptschulabschluss jedoch nur 38 Prozent). Eine Ausweitung etwa von direktdemokratischen Elementen birgt somit neben anderen

Problemen auch die Gefahr, dass bestimmte soziale Schichten von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, da sie aufgrund ihres persönlichen Hintergrunds weniger gut in der Lage sind, sich in bestimmten Beteiligungsformen adäquat Gehör zu verschaffen.

Eine überwiegende Mehrheit der Bundesbürger sieht einen deutlich stärkeren Beratungsbedarf der Kommunalpolitik durch Wissenschaft und Forschung bei Entscheidungen über die zukünftige Stadtentwicklung, wobei sich im Hinblick auf die Themen, um die sich die Wissenschaft bevorzugt kümmern sollte, bei den Befragten keine klaren Schwerpunkte herauskristallisieren. Stärkere Nachbarschaftshilfe, Energiefragen, Ausbau des ÖPNV und ein verbessertes Zusammenleben werden von den Befragten annähernd ähnlich stark favorisiert.